

Editorial

Qualität des VR – oder auf was es auch ankommt ...

Von einer qualitativ guten VR-Zusammensetzung wird dann gesprochen, wenn möglichst alle strategierelevanten Kompetenzen im Rat vertreten sind und das Gremium über vertieftes Branchen-Knowhow sowie ausreichende Führungserfahrung mit Leistungsausweis verfügt. Aber, auf was kommt es noch an?

Klar, ohne stimmige soziale und personale Kompetenzen aller Verwaltungsräte, die eine konstruktiv kritische und erfolgsversprechende Zusammenarbeit erst ermöglichen, geht gar nichts. Die Kultur im VR muss passen.

Stimmt die „Chemie“, so lassen sich u.a. auch folgende selbstkritische Fragen erörtern: Ist der VR in seiner jetzigen Zusammensetzung der richtige für den aktuellen Unternehmens-Lebenszyklus? Ist eine ausreichende materielle und ideelle Unabhängigkeit aller beteiligten Personen vorhanden? Wird dem Wohl der Gesamtunternehmung das Primat über die Partikularinteressen eingeräumt? Wie steht es um den Frauenanteil oder die Altersspanne im Gremium?

Ein Hauptfokus muss bei der Betrachtung der VR-Qualität aber ganz bewusst auch auf das unternehmerische Engagement gelegt werden. Ungeachtet seiner Beteiligungsquote muss für jedes VR-Mitglied ein hohes ideelles und auch adäquates zeitliches Engagement eine Selbstverständlichkeit sein. Keine Einsitznahme darf nur aus Prestige Gründen oder monetären Aspekten erfolgen. Engagement bedeutet auch, mit ganzem Herzen bei der Sache zu sein. Eine hohe Identifikation mit dem unternehmerischen Wirken und den gemeinsam definierten Werten sowie Freude und Spass an den erstellten Produkten bzw. erbrachten Dienstleistungen sind zwingende Voraussetzungen.

Denn erst die Vereinigung von passioniertem, unternehmerischem Engagement mit den eingangs erwähnten führungsrelevanten Kompetenzen bildet eine erfolgsversprechende Grundlage erfolgreicher VR-Arbeit.

Silvan Felder, Vorstandsmitglied sivg

Silvan Felder ist Inhaber und Geschäftsführer der Verwaltungsrat Management AG (www.vrmanagement.ch).

Inhalt

Themen

- Finanzhilfen für unternehmensinterne Projekte
- Neues Mehrwertsteuergesetz
- Neues Aktien- und Rechnungslegungsrecht
- Der Weg zu einem neuen / revidierten Bundesgesetz

Finanzhilfen für unternehmensinterne Projekte

Das sivg unterstützt das Projekt mann + frau

Ein Gewinn für Unternehmen. Das Projekt mann + frau bietet KMU Finanzhilfen und Unterstützung für unternehmensinterne Projekte, die die Chancengleichheit fördern. Pro Jahr steht bis 2016 rund eine Million Franken zur Verfügung. Das sivg unterstützt zusammen mit dem Schweizerischen Arbeitgeberverband und der Fédération des Entreprises Romandes das Projekt ideell.

Chancengleichheit im Erwerbsleben bedeutet: Frauen und Männer haben Zugang zu allen Branchen, Berufen und Hierarchiestufen. Frauen sind gerade in der operativen und strategischen Unternehmensleitung immer noch verhältnismässig untervertreten. Erklärtes Ziel des sivg ist die Sensibilisierung dieser Gremien für ihre „richtige Zusammensetzung“. Bei dieser kann (muss aber nicht) auch das Geschlecht eine Rolle spielen. Wichtig sind in erster Linie die fachliche und persönliche Qualifikation des einzelnen (zukünftigen) Verwaltungsratsmitglieds sowie seine Verfügbarkeit und Bereitschaft, sich einzubringen.

Das sivg sähe grundsätzlich gerne mehr Geschäftsleiterinnen und Verwaltungsrätinnen in Schweizer Unternehmen. Aufoktroierte Frauen- (oder Männer-)quoten sind jedoch – unabhängig von Branche, Beruf oder Hierarchiestufe – sicher der falsche Weg. Wenn sich ein Verwaltungsrat strukturiert mit seiner Zusammensetzung (oder derjenigen der Geschäftsleitung) auseinandersetzt, den aktuellen Bedürfnissen und Anforderungen des Unternehmens Rechnung trägt, und persönliche Seilschaften keine Rolle spielen, dann müssen in Zukunft aufgrund ihrer Qualifikation unweigerlich auch mehr Frauen in diesen Gremien vertreten sein.

Das Projekt mann + frau des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann unterstützt Firmen, die die Chancengleichheit fördern wollen, mit bis zu einer Million Franken pro Jahr. Mit dieser Förderung sollen Schweizer KMU in mehrfacher Hinsicht profitieren:

- Erleichterte Rekrutierung von qualifizierten Frauen und Männern
- Geringere Fluktuation, Erhalt von Wissen und Können
- Breitere Auswahl an Kadernachwuchs
- Zufriedene, motivierte Mitarbeitende
- Mehr Innovation durch eine grössere Palette an Fähigkeiten und Interessen
- Besseres Verständnis für die Bedürfnisse der Zielgruppen im Markt
- Sachlichere Arbeitsatmosphäre
- Fortschrittliches Image

Projektgesuche für die Finanzhilfe sind bis jeweils spätestens am 31. März einzureichen. Gerne stehen Ihnen bei Bedarf Fachleute des Projekts mann + frau mit Rat und Tat zur Seite.

Weitere Informationen finden Sie unter www.mannundfrau.ch oder auf unserer Homepage www.sivg.ch.



Die wichtigsten Änderungen ab 1. Januar 2010

Im vergangenen Juni hat das Parlament das revidierte Mehrwertsteuergesetz verabschiedet. Es tritt per 1. Januar 2010 zusammen mit der entsprechenden Ausführungsverordnung in Kraft. Wichtiges Ziel der Revision war die administrative Entlastung der Unternehmen und die Senkung der mit der Steuererhebung verbundenen Kosten.

Die wichtigsten Änderungen des neuen Mehrwertsteuergesetzes (nWSTG) betreffen Steuerpflicht, Saldo- und Pauschalsteuersätze, Vorsteuerabzug und Eigenverbrauch. Der Verordnungstext liegt voraussichtlich im Laufe des Monats November vor.

Steuerpflicht: Neu gilt für die Steuerpflicht einheitlich eine Umsatzgrenze von 100'000 anstelle von 75'000 Franken (respektive 250'000 Franken und Steuerzahllast 4'000). Wird diese nicht erreicht besteht eine Steuerbefreiung. Steuerpflichtige Unternehmen, Organisationen und Vereine, die die neue Umsatzgrenze nicht erreichen, können von der Steuerpflicht befreit und aus dem MWST-Register gelöscht werden. Eine entsprechende Information muss bis spätestens am 31. Januar 2010 schriftlich der Eidgenössischen Steuerverwaltung eingereicht werden. Ohne Meldung wird angenommen, es werde auf die Befreiung von der Steuerpflicht verzichtet.

Saldo- und Pauschalsteuersätze: Neu ist die Abrechnung nach Saldosteuersätzen bis zu einem Umsatz von fünf Millionen und einer Steuerzahllast von 100'000 Franken möglich (bisher drei Millionen und 60'000 Franken). Neu muss die Methode nur mindestens ein Jahr (bisher fünf Jahre) beibehalten werden. Von der effektiven Abrechnungsmethode kann frühestens nach drei (bisher fünf) Jahren zur Saldosteuersatzmethode gewechselt werden. Wer seine Abrechnungsmethode per 1. Januar 2010 wechseln will, muss bis spätestens am 31. März 2010 bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung ein schriftliches Gesuch einreichen. Die Pauschalsteuersätze für öffentliche Einrichtungen werden in der Verordnung geregelt.

Vorsteuerabzug und Eigenverbrauch: Auf Verpflegung und Getränke ist der Vorsteuerabzug neu zu 100 Prozent (bisher 50) möglich. Eigenverbrauch wird nur noch als Korrektur des Vorsteuerabzugs berechnet. Er ist damit nicht mehr Bestandteil

des steuerbestimmenden Umsatzes. Die wichtigste Änderung ist die Abschaffung des baugewerblichen Eigenverbrauchs. Bei baugewerblichen Leistungen auf eigene Rechnung für private Zwecke (oder für die Erzielung ausgenommener Umsätze) muss keine MWST in Form von Eigenverbrauch mehr abgerechnet werden. Solche Leistungen berechtigen – ohne Optierung – im Gegenzug nicht mehr zum Vorsteuerabzug. Unternehmen, die nur wegen des baugewerblichen Eigenverbrauchs mehrwertsteuerpflichtig waren, können sich aus dem MWST-Register löschen lassen. Die Löschung muss der Eidgenössischen Steuerverwaltung bis spätestens am 31. Januar 2010 mitgeteilt werden.

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage www.sivg.ch – (Aktuelles)

Neues Aktien- und Rechnungslegungsrecht

Detailberatung in der Kommission

Zusammen mit dem Aktienrecht soll auch das Rechnungslegungsrecht revidiert werden. Für die parlamentarische Beratung wurden die beiden komplexen Vorlagen voneinander abgekoppelt.

Das Aktienrecht (Vorlage 1) wurde in der Sommersession vom Ständerat als Erstrat beraten und befindet sich aktuell in der vorberatenden Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats (RK-N). Diese beantragt dem Nationalrat (mit einer jeweils knappen Mehrheit) insbesondere

- das vom Ständerat eingeführte Nominee-Modell zur Regelung der Dispoaktien zu übernehmen,
- entgegen dem Beschluss des Ständerats die institutionalisierte Stimmrechtsvertretung nicht abzuschaffen, und
- in Übereinstimmung mit dem Ständerat die gesetzliche Amtsdauer des Verwaltungsrats auf drei Jahre festzulegen.

Das Rechnungslegungsrecht (Vorlage 2) will die Rechnungslegungsvorschriften für alle Unternehmen – unabhängig ihrer Rechtsform – vereinheitlichen. Die Vorschriften sind nach der wirtschaftlichen Bedeutung der Unternehmen abgestuft. Diese Vorlage befindet sich aktuell in der vorberatenden Kommission für Rechtsfragen des Ständerats (RK-S).

Der Ständerat wird die Vorlage 2 voraussichtlich am 3. Dezember 2009 beraten.

Den direkten Link auf die aktuellen Unterlagen der Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts finden Sie auf der sivg-Homepage www.sivg.ch (sivg-Links – Recht und Politik).

Der Weg zu einem neuen / revidierten Bundesgesetz

Den **Anstoss für die Gesetzgebung** geben kann eine Motion, eine Initiative oder die Verwaltung und der Bundesrat. Kommt der Anstoss vom Bundesrat, von der Verwaltung, von Motionen oder Volksinitiativen (nur auf Verfassungsebene), erarbeitet der Bundesrat einen **Vorentwurf** zum Gesetz und schickt diesen in die **Vernehmlassung**. Anschliessend verfasst er aufgrund der Vernehmlassungsergebnisse **Entwurf und Botschaft** zum Gesetz. Parlamentarische Initiativen, Kommissions- und Standesinitiativen werden - als Entwurf oder Anregung - direkt dem Parlament eingereicht.

Das Geschäft wird entweder dem National- oder dem Ständerat als **Erstrat** zugewiesen. Die zuständige **Kommission** (Legislativkommission) berät das Geschäft vor und stellt ihrem Rat dazu einen Antrag. Die nationalrätlichen Kommissionen bestehen aus 25 die ständerätlichen aus 13 Mitgliedern. Der Rat beschliesst in der **Eintretensdebatte** zuerst, ob er auf die Vorlage eintreten und das Geschäft behandeln will. (Auf gewisse Geschäfte muss er eintreten.) Anschliessend folgt die **Detailberatung** mit **Gesamtabstimmung**. Nach dem Erstrat behandelt der **Zweitrat** das Geschäft im analogen Verfahren.

Haben beide Räte das Geschäft durchberaten und sind sie sich einig, erfolgt jeweils am letzten Sessionstag die **Schlussabstimmung**. Weichen die Beschlüsse der beiden Räte voneinander ab, geht das Geschäft in die **Differenzbereinigung**. Bis zu dreimal kann ein Geschäft von jedem Rat und vorher von seiner Kommission beraten werden. Kommt nach je drei Beratungen keine Einigung zustande, kommt das Geschäft vor die Einigungskonferenz (bestehend aus je 13 Mitgliedern der mit dem Geschäft betrauten Kommissionen). Findet die **Einigungskonferenz** eine Verständigungslösung, folgt in jedem Rat die Schlussabstimmung. Kommt keine Einigung zustande oder lehnt einer der Räte das Geschäft in der Schlussabstimmung ab, kommt die ganze Vorlage nicht zustande und das Geschäft wird von der Geschäftsliste gestrichen.

Gegen den von der Bundesversammlung verabschiedeten Gesetzestext ist das **Referendum** möglich. Beim obligatorischen Referendum und bei Zustandekommen des fakultativen (50'000 Unterschriften innert 100 Tagen) entscheiden die Stimmberechtigten an der Urne endgültig über das Geschäft. Über den Zeitpunkt des **Inkrafttretens** eines Bundesgesetzes entscheidet der Bundesrat.



sivg point Impressum:

sivg
Schweizerisches Institut für
Verwaltungsräte und
Geschäftsleitungsmitglieder
Monbijoustrasse 14
Postfach 5326
CH-3001 Bern
sekretariat@sivg.ch

Redaktion:
Stefanie Meier-Gubser,
Geschäftsführerin

Layout:
silversign GmbH, Bern

Druck:
Jost Druck AG, Hünibach

sivg point erscheint
3x jährlich

Auflage:
1'600 Ex d

Information:
www.sivg.ch

Unsere starken Partner:

